

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 19.09.2013, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:00 Uhr**

			Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Kreisentwicklungsprogramm WAF 2030 - Beratung	456/2013	4
2.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	454/2013	7
3.	Konzept zum Umgang mit Investorenanfragen für den Bau von stationären Altenpflegeeinrichtungen	442/2013	9
4.	Bericht der Heimaufsicht	443/2013	10

Anlagen

Anlage 1	Kreis Warendorf 2030 – Zukunftsperspektiven der Kreisentwicklung
Anlage 2	Sachbericht des Jobcenters
Anlage 2a	Leistungsberechtigte mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Ergänzer)
Anlage 3	Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht für die Jahre 2011 - 2012

Anwesend:

Vorsitz	
Strübbe, Robert	
Ausschussmitglieder	
Birkhahn, Astrid	
Diekhoff, Markus	
Feichtinger, Jochen	
Hein-Kötter, Dorothea	
Hüttemann, Dorothe	
Leismann, Jendrik	
Lindstedt, Cornelia	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Stöppel, Gregor	
Strecker, Rita	
Strohbücker, Josef	
Twenhöven-Ruhmann, Annette	
Vöcking, Knud	
Wördemann, Christiane	
stellv. Ausschussmitglieder	
Krause, Josef	
von der Verwaltung	
Baykal, Robert	
Börger, Heinz Dr.	
Hanewinkel, Martin	
Middendorf, Anne	
Müller, Heinz-Jürgen	
Rehfeldt, Elke Dr.	
Schabhüser, Helmut	
Schreier, Petra	
Strickmann, Friedrich	
Uhkötter, Richard	
Gäste	
Arndt, Olaf Dr.	Prognos AG, Bremen
Vallée, Teresa	

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Mors, Annette

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 06.09.2013 form- und fristgerecht einberufen wurde.

I. Öffentlicher Teil**1. Kreisentwicklungsprogramm WAF 2030 - Beratung****456/2013**

Herr Dr. Arndt, Prognos AG, stellt den Entwurf des Kreisentwicklungsprogramms Kreis Warendorf 2030 – Zukunftsperspektiven der Kreisentwicklung anhand einer Präsentation vor (sh. Anlage 1/ Seiten 1 - 13).

Das Kreisentwicklungsprogramm sei themenorientiert, es verknüpfe jedoch die verschiedenen Fachplanungen und erzeuge hohe Wechselwirkungen durch die definierten Projekte. Von einigen Projekten werde ein präventiver Ansatz verfolgt, erläutert Herr Dr. Arndt. Dieses betreffe z.B. Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut.

Die Zuständigkeit des Kreises für die einzelnen Projekte sei unterschiedlich. Der Kreis sei teilweise aktiv, aber auch nur begleitend tätig oder ganz ohne finale Verantwortung.

Herr Dr. Arndt stellt die Ziele und zentralen Projekte im Bereich Familienfreundlichkeit und Lebensqualität vor. Wichtig sei es, alle Menschen im Kreis zur gesellschaftlichen Mitverantwortung zu motivieren und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

Als wichtiges Ziel im Bereich Wirtschaft und Arbeit nennt Herr Dr. Arndt den Kampf gegen den Fachkräftemangel. Um dieses zu erreichen solle z.B. die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöht werden, aktuell sei die Quote im Kreis Warendorf vergleichsweise gering.

Ein weiteres wichtiges Projekt sei der Ausbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, dieses sei zur Vermeidung von Altersarmut unerlässlich.

Abschließend erläutert Herr Dr. Arndt das Bewertungsverfahren der Projekte (S. 11) sowie die Zeitplanung für das Kreisentwicklungsprogramm WAF 2030. Die Beschlussfassung sei für den 18.10.2013 im Kreistag vorgesehen.

Frau Lindstedt regt an, die bereits begonnenen Projekte kenntlich zu machen. Möglich sei dies im Materialband mit einem Hinweis über den aktuellen Realisierungsstand.

Herr Dr. Arndt weist darauf hin, dass eine tabellarische Zuordnung sehr schwierig sei, zudem sei im Materialband ohnehin teilweise die Ausgangslage beschrieben.

Herr Dr. Börger schlägt vor, dass nur die Bewertung der Projekte im Ausschuss besprochen werden solle, der Materialband unterliege nicht der heutigen Beschlussfassung.

Nach intensiver Diskussion wird dem Vorschlag zugestimmt.

Anschließend benennt Herr Dr. Börger die einzelnen Projekte des Kreisentwicklungsprogramms, die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fallen. Über die vorliegenden Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.09.2013 und der CDU-Kreistagsfraktion vom 17.09.2013 wird nach Diskussion abgestimmt:

S. 74 (Antrag SPD): Änderung

Unter „Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter ausbauen...“ soll folgende Änderung vorgenommen werden:

Streichen: ~~Hierzu sollen Maßnahmen entwickelt werden...Vermittlungsbemühungen einleiten.~~

Dafür setzen: Hierzu wird der Kreis auch mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung alle geeigneten Anstrengungen unternehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Der Schreibfehler in Satz 1 wird wie folgt korrigiert:

Streichen: Um Altersarmut zu werden, soll die...

Dafür setzen: Um Altersarmut zu vermeiden, soll die...

S. 156, Projekt 10 (Antrag SPD + CDU):

Realisierbarkeit und Priorität ändern: ~~7~~ / neu: **7 k**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

S. 156, Projekt 12 (Antrag CDU):

Realisierbarkeit und Priorität ändern: ~~5~~ / neu: **5 m**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

S. 157, Projekt 15 (Antrag SPD + CDU):

Realisierbarkeit und Priorität ändern: ~~8~~ / neu: **8 k**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

S. 157, Projekt 16 (Antrag CDU):

Realisierbarkeit und Priorität ändern: ~~5~~ / neu **5 k**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Von der Fraktion B90/Die Grünen beantragt:

S. 160, Projekt 7 Realisierbarkeit und Priorität ändern: ~~7~~ / neu **7 k**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Von der FWG-Fraktion beantragt:

S. 160, Projekt 8: Realisierbarkeit und Priorität ändern: ~~7~~ / neu **7 k**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

S. 161, Projekt 12 (Antrag CDU): Änderung

Streichen: ~~Ausbau~~ der zugehenden Beratung für...

Dafür setzten: Entwicklung der zugehenden Beratung für...

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 7 Stimmen

Nein 9 Stimmen

Von der FWG-Fraktion beantragt:

S. 161, Projekt 13: Redaktionelle Änderung

Streichen: ~~Flächendeckender Aufbau lokaler Netzwerke...~~

Dafür setzen: Flächendeckende Stärkung/ Weiterentwicklung lokaler Netzwerke...

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Von der Fraktion B90/Die Grünen beantragt:

S. 161, Projekt 13: Realisierbarkeit und Priorität ändern: ~~7 m~~ / neu **7 k**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 7 Stimmen

Nein 9 Stimmen

Von der Fraktion B90/Die Grünen beantragt:

S. 161, Projekt 15: Realisierbarkeit und Priorität ändern: ~~7 m~~ / neu **7 k**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 5 Stimmen

Nein 11 Stimmen

Abschließend lässt Herr Strübbe über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Dem Kreisentwicklungsprogramm, Kreis Warendorf 2030, wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

unter Berücksichtigung der v.g. aufgeführten Änderungen

2.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	454/2013
-----------	--	-----------------

Frau Schreier berichtet

- über die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Personen in Bedarfsgemeinschaften und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten
- vom Ranking der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen
- über Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften
- über minderjährige, unverheiratete Kinder in alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften
- über die Kennzahlen nach § 48 a SGB II (siehe Anlage 2)

Frau Schreier ergänzt, dass auf dem Arbeitsmarkt weiterhin Fachkräfte gebraucht werden. Hingegen werde es immer schwieriger, unqualifizierte Bewerber auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Qualifikation der Menschen sei daher ein wichtiger Ansatz zur Vermittlung, gleichzeitig verspreche sie Nachhaltigkeit und sei daher langfristig erfolversprechender als kurzfristige Vermittlungen in den Arbeitsmarkt.

Mit Blick auf die Kennzahlen zur Zielerreichung gem. § 48a SGB II für den Berichtsmonat Mai 2013 bei den Summen der Leistungen zum Lebensunterhalt sowie für Unterkunft und Heizung weist Frau Schreier darauf hin, dass fehlerhafte Zahlen aus März bis Juli des Vorjahres für die schlechten Platzierungen im Ranking verantwortlich sind und hier nicht die tatsächliche Entwicklung dargestellt wird. Wie bereits in den Ausschusssitzungen des Vorjahres berichtet, gab es im Zeitraum März bis Juli 2012 technische Probleme mit dem neuen Fachverfahren LÄMMkom, was teilweise zur Unterzeichnung einiger Daten führte. Die Kennzahlen werden nun insbesondere zur Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt und zur Summe der Leistungen für Unterkunft und Heizung anhand des Monatsvergleichs der aktuellen, validen Daten aus Mai 2013 zu den unterzeichneten Daten aus Mai 2012 ermittelt. Der Fehler wird ab dem Berichtsmonat August 2013 keine Auswirkungen auf die beiden vorgenannten Kennzahlen mehr haben, da ab August 2013 valide Daten miteinander verglichen werden.

Mit Platz 13 bei der Integrationsquote liege der Kreis Warendorf mit 24,7 % deutlich über dem Landesdurchschnitt von lediglich 21 %.

Mit Platz 10 in NRW und einer Verringerung um 2,6 % beim durchschnittlichen Bestand an Langzeitleistungsbeziehern (21 Monate Bezug von SGB II-Leistungen in den letzten 24 Monaten) liege der Kreis besser als der Landesdurchschnitt, wonach nur eine Verringerung von 0,2 % ausgewiesen werde. Frau Schreier kündigt dennoch an, neue Strategien entwickeln zu wollen, um Langzeitbezieher besser in den Arbeitsmarkt vermitteln zu können.

Herr Leismann bittet um Mitteilung der Zahlen der Ergänzter, also derjenigen Personen, die neben Ihrem Einkommen aus Erwerbstätigkeit noch Alg 2-Leistungen beziehen.

Herr Hanewinkel nennt die Zahlen, diese sind als Anlage 2a beigefügt.

Herr Vöcking bemängelt, dass der Bericht des Jobcenters die Rankings in den Vordergrund stelle, die Probleme der Menschen hinter den Zahlen würden damit in den Hintergrund gedrängt. Er regt an, im Bericht jeweils darzustellen, welche inhaltlichen Erfolge in den letzten Monaten erreicht werden konnten.

Herr Dr. Börger hält es für möglich, im Kreistag oder im Ausschuss über neue strategische Ziele zu sprechen. Auch er hält es nicht für ausreichend, im Bericht nur Rankings und Veränderungen darzustellen. Zudem sei ein Vergleich mit anderen Kreisen über andere Zahlen nötig, z.B. Anzahl der Leistungsbezieher pro 1.000 Einwohner. Ggf. müsse ganz umgesteuert werden und das Hauptaugenmerk auf die schwierigsten Fälle, wie z.B. die Langzeitleistungsbezieher gelegt werden. Mittelfristig müsse überlegt werden, ob sich der Kreis nur am Ranking messen lassen wolle.

Frau Schreier dankt Herrn Vöcking für seinen Hinweis. Sie erklärt, dass bei der Arbeit des Jobcenters der Mensch im Vordergrund stehe und nicht die Zahlen. Dennoch seien die statistischen Daten unerlässlich und Bestandteil der jährlichen Zielvereinbarung mit dem MAIS.

Frau Schreier regt an, die im Rahmen der Option gegebenen Spielräume besser auszuschöpfen. Aus ihrer Sicht sei es langfristig betrachtet sinnvoller, mehr Ressourcen in die Bearbeitung der Multiproblemfälle und den Abbau von Vermittlungshemmnissen zu stecken, als nur die schnelle Integration im Blick zu haben. Dies hätte aber zur Folge, dass der Kreis dann im Ranking vor allem bei der Integrationsquote zurückfallen werde. Für einen Strategiewechsel sei der Rückhalt der Politik erforderlich.

Herr Hanewinkel ergänzt, dass auch das Ministerium erkannt habe, dass die Integrationsquote nicht entscheidend sei. Die existenzsichernde Beschäftigung und Nachhaltigkeit der Integrationen rücke zunehmend in den Fokus der Betrachtung.

Herr Diekhoff hält Zahlen, Rankings und Auswertungen dennoch für weiterhin erforderlich, um die Arbeit des Jobcenters bewerten zu können.

Herr Stöppel wünscht einen Sachstandsbericht mit Hintergrundinformationen über aktuelle Verbesserungen und Verschlechterungen. Die Statistiken seien hier ein organisatorisches Hilfsmittel.

Frau Lindstedt bittet um mehr Inhalt als reine Rankingstatistiken, z.B. Informationen über nachhaltige Integrationen, inhaltliche Abläufe und Berichte über gelungene Maßnahmen.

Herr Dr. Börger merkt an, dass in der Vergangenheit immer auch Berichte zu diversen Projekten und zur Arbeit einzelner Organisationsbereiche erfolgt seien, diese aber heute aufgrund der langen Tagesordnung bewusst entfallen seien. Zukünftig könnten gerne auch Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen des Jobcenters über ihre Arbeit im Ausschuss berichten.

3.	Konzept zum Umgang mit Investorenanfragen für den Bau von stationären Altenpflegeeinrichtungen	442/2013
-----------	---	-----------------

Frau Middendorf erläutert, dass vor dem Hintergrund des demographischen Wandels der Kreis und die Städte und Gemeinden vor der Herausforderung stehen, eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu schaffen, die sowohl die pflegerischen als auch die Teilhabeaspekte von älter werdenden Menschen berücksichtigt. Dies könne nur in enger Abstimmung mit allen Beteiligten, insbesondere den Städten und Gemeinden gelingen.

Dabei werden vorrangig folgende Ziele verfolgt:

- Schaffung einer bedarfsgerechten pflegerischen und pflegeergänzenden Infrastruktur
- Schwerpunktmäßiger Auf- und Ausbau von quartiersbezogenen Wohn- und Pflegearrangements
- Neubau stationärer Plätze nur, sofern sich dafür ein Bedarf abzeichnet
- Beratung von Investoren auf der Grundlage der kommunalen Pflegeplanung

Mit dem vorgelegten Konzeptentwurf seien klare Absprachen zum Verfahren, z.B. Abstimmung im Hinblick auf die örtliche Bedarfslage oder gemeinsame Gespräche mit Investoren, getroffen worden, wobei das kommunale Selbstverwaltungsrecht unberührt bleibt.

Der Entwurf sei gemeinsam mit den Vertretern der Städte und Gemeinden erarbeitet worden. Im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz sei der Entwurf zustimmend aufgenommen worden. Die Gemeinde Wadersloh werde aufgrund der besonderen Situation vor Ort die Angelegenheit zunächst noch politisch beraten und sich dann mit dem Kreis in Verbindung setzen.

Herr Stöppel sieht in dem Entwurf ein gutes Verhandlungsergebnis. Er bewerte es sehr positiv, dass die Städte hier kooperieren, dieses sei nicht unbedingt zu erwarten gewesen.

Herr Strübbe weist darauf hin, dass dieses Konzept bereits Außenwirkung zeige, es sei bundesweit von verschiedenen Städten und Kreises mit Interesse zur Kenntnis genommen worden.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine Kooperationsvereinbarung auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Bericht der Heimaufsicht**443/2013**

Herr Uhkötter berichtet, dass die Heimaufsicht nicht mehr im Sachgebiet „Hilfe in Einrichtungen“, stattdessen bei den „Grundsatzangelegenheiten“ anegliedert wurde (Präsentation sh. Anlage 3).

Herr Baykal informiert über die Anzahl der verschiedenen aktuell dem Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) unterliegenden Einrichtungen im Kreis Warendorf. Diese habe sich im Berichtszeitraum um acht erhöht. Dementsprechend sei auch die Anzahl der Prüfungen der Heimaufsicht gestiegen.

Herr Strickmann berichtet über Beschwerden und die Ergebnisse der Überprüfungen. Die Zahl der Beschwerden sei zwar 2012 gegenüber 2011 gestiegen, dieses gebe jedoch keinen Rückschluss auf Veränderungen hinsichtlich der Qualität der Heime. Vielmehr sei die Anzahl der Beschwerdeinhalte in 2011 und 2012 fast identisch. Die Beschwerden betreffen die Pflege- und Betreuungsqualität, das Personal (Umfang und Qualifikation) sowie den Umgang mit Medikamenten und Fixierungen/ freiheitsentziehenden Maßnahme. Es sei festzustellen, dass nur 25 % der Heime überhaupt von Beschwerden betroffen seien. Davon seien wiederum ca. 43 % nicht berechtigt, ca. 30 % berechtigt und ca. 27 % teilweise berechtigt gewesen. Herr Strickmann wies ausdrücklich darauf hin, dass aufgrund einer schwierigen Zuteilung die Prozentwerte nur als grobe Richtwerte betrachtet werden könnten.

Auf die Frage von Frau Hüttemann, wie viele Bewohner aufgesucht werden, teilt Herr Strickmann mit, dass er je Heim i.d.R. zwei Bewohner mit der Pflegestufe II oder III in Augenschein nehme. Er macht deutlich, dass die Heimaufsicht lediglich eine Strukturprüfung durchführe, wenn die Einrichtungen innerhalb des letzten Jahres bereits durch den MDK überprüft worden seien. In den Strukturprüfungen werde ausschließlich die personelle Ausstattung überprüft und ein Gespräch mit den Bewohnerbeiräten geführt. Prüfungen erfolgen unangemeldet zu den üblichen Bürozeiten.

Frau Twenhöven-Ruhmann regt an, auch außerhalb dieser Zeiten, z.B. um 06.00 Uhr und um 22.00 Uhr Prüfungen durchzuführen.

Herr Leismann schlägt vor, die Beschwerden hinsichtlich ihrer Bedeutung zu klassifizieren. Herr Uhkötter erklärt, dass dieses hinsichtlich der Bewertungen schwierig sei. Hier müsse eine Lösung gesucht werden.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass im kommenden Haushaltsplan vorgesehen sei, die Heimaufsicht um eine Stelle zu verstärken.

Frau Lindstedt hält es für sinnvoll, diese Stelle mit einer Frau zu besetzen.

Herr Diekhoff wundert sich bei der Anzahl der Beschwerden, dass nur vier Anordnungen erlassen wurden. Insbesondere zeigt er sich über die Beschwerden hinsichtlich der freiheitsentziehenden Maßnahmen und falscher Medikation besorgt. Zudem fordert er eine Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse, die Einrichtungen in denen Missstände festgestellt würden seien zu nennen.

Bezüglich der Anordnungen erläutert Herr Uhkötter, dass die Verwaltung an das WTG gebunden sei. Nach den Heimbegehungen finde zunächst ein Abschlussgespräch statt, danach sei die Abstellung der Mängel abzuwarten. Werden die beanstandeten Mängel nicht abgeschafft bestehe die Möglichkeit einer Anordnung. Zuvor müsse jedoch eine Anhörung stattfinden. Dieses sei in den letzten Jahren mehrfach erfolgt.

Herr Strickmann stellt klar, dass bei den festgestellten freiheitsentziehenden Maßnahmen nicht die Rechtmäßigkeit beanstandet wurde. Der erforderliche richterliche Beschluss lag in jedem Einzelfall vor. Die Anwendung und die Evaluation waren in der Pflegeplanung jedoch nicht ausreichend konkretisiert.

Herr Uhkötter gibt einen Ausblick auf die Neufassung des WTG zum 01.01.2014. Dieses solle an die neuen Strukturen angepasst werden. Insbesondere der ambulante Sektor weite sich aus, hier bestehe daher hoher Beratungsbedarf. Dienste müssten dann die gleichen Voraussetzungen wie stationäre Einrichtungen erfüllen.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.00 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer